

GRAPHISCHE

PRESSE

Nr. 7/46. Jg.

17. Februar 1933

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:
Hans Roniger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststraße 8—9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erheben.*
Postverlagsort: Schkenditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Roniger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Für das Gewerbe — Gegen den Wahn

Die Unternehmerträge zur Neuberatung des Tarifes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe verfolgen ganz offensichtlich die Absicht, die soziale Lage der Gehilfenschaft weiterhin zu verschlechtern. Nicht ein einziger dieser Anträge gibt auch nur der Vermutung Raum, einen Ausgleich der doch ganz offen zutage liegenden Disparitäten zwischen Produktion und Verbrauch zu suchen. Auch das Problem der Arbeitslosigkeit, das alle denkfähigen Menschen zur Zeit aufs tiefste berührt und allerhand Perspektiven aufreißt, ist scheinbar den Antragstellern Luft. Die Tendenz der Unternehmerträge ist ganz ohne Zweifel: Wenn ich nur habe, dann frage ich nicht nach Himmel und Erde.

Direkt die gegenteilige Absicht verfolgen die Gehilfenträge. Sie sind von dem Willen getragen, das Gewerbe zu erhalten. Dieser Wille erfordert zuerst, die erzeugenden und schlechthin tragenden Kräfte des Gewerbes zu erhalten. Und das ist die Arbeiterschaft des Gewerbes! Wir unterschätzen die Bedeutung des Unternehmers in der kapitalistischen Produktionsweise nicht, aber wir betonen erneut, daß das Gewerbe ohne Unternehmer leben kann, ohne Arbeiter aber rettungslos verloren ist. Deshalb muß in erster Linie die Sorge einer existenzfähigen Gehilfenschaft gelten, die allen gewerblichen Ansprüchen gerecht werden kann. Erste Voraussetzung dafür ist, daß die vorhandenen Aufträge auf die vorhandenen Kräfte zur Erledigung verteilt werden. Deshalb wurden folgende Gehilfenanträge eingereicht:

§ 2, Arbeitszeit:

„Die tägliche Arbeitszeit beträgt an 5 Tagen täglich 8 Stunden bzw. 40 Stunden wöchentlich. Die tägliche Arbeitszeit liegt zwischen 7 Uhr morgens und 5 Uhr abends.

Der gegenüber der bisherigen Arbeitszeit von 48 Stunden ausfallende Arbeitslohn ist mit 40 Proz. von den Unternehmern, mit 60 Proz. von den Gehilfen zu tragen. Die Unternehmer sind verpflichtet, im Umfange der ausfallenden Arbeitszeit Arbeitslose einzustellen. Die betriebliche Regelung muß unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung erfolgen.“

Für Mindestlohn und Überstunden sind folgende Gehilfenanträge eingereicht worden:

§ 3, Mindestlohn:

Der Mindestlohn für Ausgelernte beträgt im 1. Gehilfenjahr in Ortsklasse V 36,— Mk.

§ 4, Überstunden:

Mehr als 30 Überstunden dürfen von einem Gehilfen in einem Jahre nicht geleistet werden. Die höchste Überzeitarbeit an einem Tage beträgt zwei Stunden.

An Lehrlingsskalen werden gefordert für
Drucker:

1—5 Gehilfen 1 Lehrling, 6—10 Gehilfen 2 Lehrlinge, 11—15 Gehilfen 3 Lehrlinge, je weitere 2—5 Gehilfen ein weiterer Lehrling.

Lithographen:

1—6 Gehilfen 1 Lehrling, 7—12 Gehilfen 2 Lehrlinge, 13—18 Gehilfen 3 Lehrlinge, je weitere 3—6 Gehilfen ein weiterer Lehrling.

Kupferstecher, Notenstecher, Photographen für Photolitho:

1—8 Gehilfen 1 Lehrling, 9—15 Gehilfen 2 Lehrlinge, je weitere 2—8 Gehilfen ein weiterer Lehrling.

Photographen im Kunststück:

1—8 Gehilfen 1 Lehrling, 9—15 Gehilfen 2 Lehrlinge, je weitere 2—8 Gehilfen ein weiterer Lehrling.

Von den übrigen Anträgen sei nur noch der Antrag erwähnt, der Prämien- und Akkordarbeit für unzulässig erklärt; denn der Rest der Anträge zielt in der Hauptsache darauf ab, das wieder gut zu machen, was bei den letzten Tarifverhandlungen an Tarifbestimmungen verschandelt worden ist.

Die Tendenz der Gehilfenanträge ist unschwer zu erkennen. Sie wollen eine leistungsfähige Gehilfenschaft und damit ein leistungsfähiges Gewerbe. Denn darüber kann doch kein Zweifel sein, daß nur ein in seiner Lebenshaltung gesicherter Mensch dauernd Qualitätsleistungen geben kann. Und auf Qualitätsleistungen kommt es zukünftig noch mehr an, will das Gewerbe wenigstens einen gewissen Anteil am Weltmarkt sich sichern. Den früheren Anteil am Weltmarkt ganz zurückgewinnen zu wollen, ist ein Wahn. Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in den außerdeutschen Ländern ist da viel zu weit fortgeschritten. Der Ausgleich dafür muß im Binnenmarkt gesucht werden. Aber erste Voraussetzung dafür ist die Stärkung der Kaufkraft. Was heraus kommt, wenn die Kaufkraft der breiten Käufermasse immer mehr gedrosselt wird, dafür liefern die letzten Jahre geradezu schlagende Beweise. Je mehr die kapitalistischen Theoretiker die gewerkschaftliche Kaufkrafttheorie tot zu theoretisieren vermeinen, desto stärker gewinnt sie an praktischer Bedeutung. Wer nicht ganz vernagelt ist, muß eben einsehen, daß kapitalistische Produktion nur zum Ziele kommen kann, wenn die erzeugten Waren auch verbraucht, d. h. konsumiert werden. Darauf wollen die Anträge der Gehilfenschaft hinaus. Sie setzen sich ein für das Wohlergehen des Gewerbes und gegen den Wahn, mit Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfenschaft die Betriebe leistungsfähiger machen zu können. Was die Gehilfenschaft fordert, ist das Mindestmaß dessen, was eigentlich im Interesse des Gewerbes getan werden müßte.

Hitler, Papen, Hugenberg & Co.

Als die Nazis noch in Opposition machten, versprachen sie, in kurzer Zeit alle Last von Deutschland zu nehmen, wenn sie an die Macht kämen. Jetzt sitzen sie mit ihren Harzburger Freunden in der Regierung, und das Volk hat als einzige Tat bis jetzt die Fleisch-, Speck- und Schmalzverteuerung. Und zwölf Programmpunkte der Hitlerpartei! Am 11. Februar sprach nämlich Hitler und am 12. Februar sprachen Hugenberg, Papen und Seldte im Berliner Sportpalast. Daß Hugenberg die Macht auf alle Gefahr hin behalten, also den Willen des Volkes ausschalten will, war nichts neues und daß Herr von Papen wieder siegen will, ist bereits gewohnheitsmäßig. Und was sagte Herr Hitler? Er faßte seine Aufgabe als Regierungschef in folgenden 12 Programmpunkten zusammen:

1. Wir wollen nicht lügen und nicht schwindeln und keine billigen Versprechungen machen.
2. Wir wollen arbeiten, aber das Volk soll mitarbeiten.
3. Unsere ganze Arbeit muß geleitet sein von der Erkenntnis, daß wir niemals auf fremde Hilfe rechnen dürfen.
4. Die ewigen Gesetze des Lebens sind immer gleich und immer dieselben.
5. Die Grundlagen unseres Lebens beruhen auf Gesetzen, die niemand uns rauben kann, außer uns selbst.
6. Das Ziel unserer Arbeit ist die Erhaltung des deutschen Volkes und seines Bodens.
7. Dazu müssen wir zunächst die Ursachen des Verfalls beseitigen, die Versöhnung der Klassen erreichen, den Marxismus vernichten.
8. Wir müssen das Volk aufbauen auf dem deutschen Bauern als dem Grundpfeiler jedes völkischen Lebens.
9. Der deutsche Arbeiter als zweiter Grundpfeiler unseres Volkstums muß wieder zurückgeführt werden in die Gemeinschaft unseres Volkes.
10. Wir wollen dem deutschen Geist die Möglichkeit seiner Entfaltung sichern.
11. Kampf gegen die Erscheinungen des parlamentarisch-demokratischen Systems.
12. Wiederherstellung der Sauberkeit im Volke, im öffentlichen Leben und in der Kultur.

Bis auf die Vernichtung des Marxismus sind das Redensarten, bei denen man sich nichts denken kann. Wo bleibt die Verkündung der Arbeitsbeschaffung und die Erfüllung aller Forderungen, die die Nazis vorher aufstellten? Übrig geblieben ist der Kampf gegen die organisierte, klassenbewußte Arbeiterschaft. Das ist die Sachlage, vor der die Arbeiterschaft bei der Reichstagswahl am 5. März steht. Und da kann es keine andere Antwort geben als die: *Fort mit ihnen!*

Vernunft wird Unsinn . . .

„Nichts ist bezeichnender für die Weltwirtschaft im Zeitalter der höchsten Triumphe wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, als daß regelmäßig ein Aufatmen durch die agrarische Presse europäischer Länder geht, wenn ungünstige Erntebereiche aus überseeischen Agrarländern ein treffen, wie noch unlängst, als Nachrichten eintrafen, wonach in Nebraska, Kansas und in weitgestreckten Gebieten in Oklahoma, Texas und Colorado eine Dürre den Ernteausfall stark verniederte und in südamerikanischen Ländern Heuschreckenschwärme arge Verwüstungen anrichteten. Vielleicht erleben wir es noch, daß in Europa Bittgottesdienste veranstaltet werden, damit so entlegene Weltgegenden wie Argentinien und Australien Jahr für Jahr von Dürren und Heuschreckenplagen heimgesucht werden, damit ihre Ernteeüberschüsse aufhören, die Preise auf europäischen Märkten zu werfen!“

Diesen Abschnitt entnehmen wir einem Artikel des „Berliner Börsen-Courier“ Nr. 59. Er zeigt treffend, in welchem Widerspruch die kapitalistische Weltwirtschaft geratet ist.

Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise

II.

Die deutsche Arbeiterklasse kann sozial, rechtlich und wirtschaftlich nur vorwärtskommen und Erfolge erringen durch Schaffung starker Gewerkschaften. Die Einheitsfront der Gewerkschaften gilt es zu schaffen, die abseits stehenden Arbeitskollegen gilt es zu Gewerkschaftsmitgliedern zu machen. Wir können den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse nur gewinnen mit organisierten Kollegen, nicht mit Unorganisierten und auch nicht mit Kommunisten und Nationalsozialisten.

Statt daß dies die Belegschaften endlich begreifen, lassen sie sich immer wieder von den Kommunisten und Nationalsozialisten in die wahnwitzigsten Unternehmungen treiben. Das charakteristischste Beispiel für die vollkommene Verirrung in den Köpfen vieler Arbeitskollegen war der bekannte Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932, unmittelbar vor der Reichstagswahl vom 6. November 1932. Ebenso wie leider seit Jahren in allen Betrieben, sollte auch für die Berliner Verkehrsarbeiter wieder ein weiterer Lohnabbau vorgenommen werden. Die Abbauforderungen der Leitung der Berliner Verkehrsbetriebe gingen bis über 20 Pf. pro Stunde. Dem Gesamtverband war es gelungen, diese Forderungen bis auf einen Lohnabbau von 2 Pf. pro Stunde abzuwehren. Unter dem Vorgehen, die Gewerkschaften wären mit einem Lohnabbau von 5 Pf. pro Stunde einverstanden, trieben die Kommunisten mit Hilfe ihrer revolutionären Gewerkschaftsopposition und die Nationalsozialisten mit Hilfe ihrer Nationalsozialistischen Betriebsorganisation die zu mehr als zwei Drittel unorganisierten Verkehrsarbeiter in den Streik. Arm in Arm standen Kommunisten und Nationalsozialisten Streikposten. Der ganze Arbeitskampf hatte politische Hintergründe und sollte der Kommunistischen und Nationalsozialistischen Partei als Agitation für die Reichstagswahl dienen. Die Verkehrsarbeiter selbst spielten dabei nur die Rolle von bedauernswerten Opfern. Aber sie ließen sich von diesen beiden Parteien für ihre Zwecke mißbrauchen. Daß die Kommunisten die Weltrevolution und die Nationalsozialisten das Dritte Reich wollen, daß die Kommunisten die Nationalsozialisten und die Nationalsozialisten die Kommunisten vernichten wollen — alle diese Gegensätzlichkeiten spielten bei dieser Einheitsfront keine Rolle. Die Austragung dieses Arbeitskampfes fand in Formen statt, die in Deutschland durch die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften seit mehr als 50 Jahren überwunden sind: Straßenbahnwagen wurden gewaltsam am Ausfahren gehindert oder umgeworfen, die Fenster fahrender Straßenbahnwagen wurden eingeworfen, die Weichen durch Einstreuen von Sand und sogar durch Ausgießen mit Zement unbrauchbar gemacht. Straßenbahner, die wegen der Sinnlosigkeit dieses Kampfes die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wurden verhaften. Schließlich brach dieser eigenartige Arbeitskampf in sich zusammen, weil keinerlei Mittel für seine Durchführung vorhanden gewesen sind. Denn nur die Mitglieder des Gesamtverbandes erhielten Unterstützung. Es blieb bei dem Abzug von 2 Pf. pro Stunde, also bei dem Verhandlungsergebnis, das die Gewerkschaften gegenüber den viel höheren Abbauforderungen der Betriebsleitung schon vor dem Kampfbruch erzielt hatten. Aber Tausende von Straßenbahnern blieben auf der Strecke, Dutzende kamen in das Zuchthaus. Die Amnestie befreite zwar diese unglücklichen Arbeitskollegen wieder, aber die Tausende, die auf der Straße geblieben sind, sind nun einmal draußen, und weder Kommunisten noch Nationalsozialisten kümmern sich irgendwie um sie.

Es gibt noch tausende anderer Beispiele, an denen man die Sinnlosigkeit der kommunistischen und nationalsozialistischen Treibereien nachweisen kann. Keines ist aber so charakteristisch wie der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Um so mehr, als ja überhaupt erst durch Nationalsozialisten und Kommunisten die parlamentarische Situation geschaffen war, deren Opfer dann die Arbeiterklasse wurde. Nur weil der Reichstag durch die Schuld der Nationalsozialisten und Kommunisten aktionsunfähig geworden war, sind wir zu den Lohnabbau-Notverordnungen und vor allen Dingen zu den notverordneten Eingriffen in die arbeitsvertraglichen Rechte der Arbeiter und Angestellten öffentlicher Verwaltungen und Betriebe gekommen. Dieselben Parteien also, die an der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Hauptschuld tragen, wollen hinterher den Arbeitern und Angestellten vortauschen, daß sie durch Arbeitskämpfe diese Verschlechterungen wieder abwehren wollen.

Sachliche Arbeit können weder Kommunisten noch Nationalsozialisten in den Betriebsvertretungen leisten. Diese Tatsache benutzen die Kommunisten sogar neuerdings, um damit geradezu Agitation und Propaganda zu treiben. Fast täglich kann man gegenwärtig in der kommunistischen Tagespresse lesen, daß die roten Betriebsräte versagt hätten. Das steht in schreiendem Gegensatz zu den Behauptungen noch vor wenigen Monaten,

wonach so viele Belegschaften unter der glorreichen Leitung der roten Betriebsräte „gesiegt“ haben sollen. Heute soll das hundertprozentig nicht wahr gewesen sein. Wir Gewerkschafter sind der Überzeugung, daß alle Belegschaften unter Führung der roten Betriebsräte bisher Niederlagen erlitten haben. Aber wenn nun die KPD. täglich das jetzt nicht nur selbst auch behauptet, sondern sogar beweist, so ist das nur mit der Absicht zu erklären, daß die Kommunistische Partei sich einbildet, gerade damit besondere Erfolge bei den Betriebsrätewahlen zu erzielen. Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode. Man will sich auf diese Weise in ein Gewand von Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit hüllen, um so den Belegschaften sympathisch zu werden. Was so in der kommunistischen Tagespresse täglich zu lesen ist, ist auch wissenschaftlich begründet worden in dem Novemberheft 1932 der „Roten Gewerkschafts-Internationale“ in einem Aufsatz: „Die roten Betriebsräte und die antifaschistische Kampagne in Deutschland“. Es ist von Interesse, diese Ausführungen in ihrem entscheidenden Teil wörtlich vorzutragen:

„Der beste Beweis ist gegeben, daß trotz der objektiv günstigen Situation und der vorhandenen Voraussetzung es nur wenigen Betriebsräten gelungen ist, ihre Belegschaften gegen die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer in den Kampf zu führen. . . . Wo waren unsere roten Betriebsräte, unsere Einheitsfrontorgane in den Betrieben? Es gab sehr wenige Betriebe, die zu den Ereignissen überhaupt Stellung genommen haben und wenn, dann bereits zu spät. Warum haben das die roten Betriebsräte versäumt? Deswegen, weil sie keine Anweisungen von „oben“ hatten? Weil sie noch nicht verstehen, eine selbständige Initiative zu entfalten und weil sie nicht so mit der Belegschaft verbunden sind, daß sie immer über die geringsten Regungen der Arbeiter orientiert sind. Außerdem deswegen, weil sie selbst nicht den Glauben an die Gefolgschaft der Belegschaft haben, ja sogar die Kampfbereitschaft der Arbeiter unterschätzen. Wo bleibt da die Führerrolle unserer roten Betriebsräte?

Das ist eben die Kunst der Führerrolle, den geeignetsten Zeitpunkt zu erfassen, anzuknüpfen an die gegebenen Ereignisse, welche die Arbeiter unmittelbar berühren und sich kühn und entschlossen an die Spitze der selbständig ausgeübten Bewegung, wenn notwendig, gegen den Willen unserer Gegner, zu stellen. Anlässlich des 20. Juli haben die meisten unserer roten Betriebsräte keinesfalls gezeigt, daß sie sich diese Kunst bereits angeeignet haben. Diese unsere eigene Passivität am ersten Tage in den Betrieben mußte diese Auswirkungen haben. Wäre es uns gelungen, nur in hundert Betrieben eine Aktion auszulösen, dann hätte die ADGB-Bürokratie nicht ihre „linken“ Manöver durchführen können oder aber die Antwort von seiten der Arbeiter wäre anders gewesen.

Das sind Schwächen und Mängel unserer roten Betriebsräte, die schnell zu beseitigen sind. In der gegenwärtigen Situation des revolutionären Aufschwungs wirken sich diese Mängel und Schwächen besonders katastrophal aus. Die roten Betriebsräte müssen sich ihrer ungeheuren politischen Verantwortung, die sie gerade jetzt in der sich ständig verschärfenden Lage der revolutionären Bewegung gegenüber haben, vollkommen bewußt werden.“

Trotzdem wir also keinen Anlaß haben, die Beweisführung der KPD. über die Unfähigkeit ihrer Betriebsvertretungsmitglieder zu widerlegen, halte ich es doch für richtig, festzustellen, daß die Gründe für dieses Versagen tiefer liegen. Nämlich darin, daß eine politische Partei grundsätzlich außerstande ist, das Betriebsrätegesetz durchzuführen. Die Aufgaben einer politischen Partei sind so ganz andersartig, daß eine Übereinstimmung mit den Aufgaben der Betriebsvertretungen gar nicht möglich ist. Es bleibt dann nichts anderes übrig, als die Betriebsräte Tätigkeit mehr oder weniger liegenzulassen und eine parteipolitische Tätigkeit auszuüben, die aber dann wiederum am Betriebsrätegesetz und am Arbeitsvertragsrecht scheitert. Ununterbrochen werden rote Betriebsräte von den Arbeitgebern fristlos entlassen, weil sie während der Arbeitszeit eine parteipolitische Tätigkeit ausüben. Ebenso ununterbrochen werden rote Betriebsräte ihres Amtes entbunden, weil sie ihre Betriebsräte Tätigkeit mit parteipolitischer Agitation und Propaganda ausfüllen. Ich erinnere nur an die Geldsammlungen für die Entsendung von Rußlanddelegierten und Verteilung von Flugblättern während der Arbeitszeit als Gründe zur fristlosen Entlassung oder an die Zulassung von Vertretern der RGO. und der KPD. in Betriebsversammlungen als Gründe zur Amtsenthebung wegen gröblicher Verletzung der gesetzlichen Pflichten. Es ist an sich bewundernswürdig, wie viele Arbeiter sich bereit finden, die demagogischen Parolen ihrer in sicherer Stellung befindlichen Führer in den Betrieben durchzuführen und damit in aller Regel die eigene Arbeitsstelle verlieren. Dieser große Idealismus könnte wahrhaftig zu wertvoller erfolgreicher Aufbauarbeit verwendet werden, statt so, wie gegenwärtig zu einem vollkommen sinnlosen, die gesamte Arbeiterbewegung schwächenden Opfer zu werden.

Hat wirklich einmal eine Belegschaft bei den Betriebsrätewahlen eine kommunistische Mehrheit in der Betriebsvertretung errungen, dann verlangt die Belegschaft nun von dieser Betriebsvertretung dieselbe Tageskleinarbeit wie sie für unsere Betriebsvertretungsmitglieder selbstverständlich ist. Die früheren Wahlen haben es außerdem bewiesen und die seit Anfang dieses Jahres stattgefundenen Wahlen beweisen es ja auch schon wieder erneut, daß in entscheidenden Augenblicken die Belegschaften doch mehr Vertrauen zu den freige-werkschaftlichen Betriebsräten als zu den roten Betriebsräten haben. In den Wahljahren 1930 und 1931 waren rund 87 bzw. 84 v. H. aller Arbeiter-Betriebsratsmitglieder Freigewerkschafter. Die Kommunisten konnten ihren Anteil nur von 1,5 v. H. auf rund 3,5 v. H. steigern. So fest wir auch überzeugt sind, daß die diesjährigen Wahlen kein wesentlich anderes Ergebnis zeitigen, genügen kann uns das nicht. Ebensowenig wie wir mit Kommunisten, Nationalsozialisten und Unorganisierten eine Einheitsfront bilden können, ebensowenig können wir nur auf Grund des uns bei den Betriebsräteuwahlen entgegengebrachten Vertrauens die gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele verwirklichen. Dazu gehört eben mehr, nämlich starke Gewerkschaften, was bedeutet, daß es nicht genügt, nur für die Gewerkschaften seine Stimme abzugeben, sondern daß es erforderlich ist, auch Gewerkschaftsmitglied, und zwar nicht nur zahlendes, sondern vielmehr darüber hinaus tätiges Mitglied zu sein.

Wenn wir auch noch die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Deutschland haben und wenn gerade die gegenwärtige ebenso wie die vorhergehende Reichsregierung so tut, als könne man die Zeiten des Individualismus wieder herstellen, so beweisen doch alle Maßnahmen und alle Handlungen, daß die Zeit des Individualismus trotz Weiterbestehens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung endgültig vorbei ist. Der einzelne auf sich gestellt, sei er selbst noch so mächtig, kann die Verhältnisse nicht mehr meistern. Das ist nur durch Zusammenfassung der Macht der Klassen möglich. Wenn wir die parteipolitische Zersplitterung der Arbeiterklasse in der nächsten Zeit auch nicht beseitigen können, so muß im Interesse der Arbeiterklasse doch alles geschehen, um die Arbeiterklasse gewerkschaftlich zu einer Einheit zusammenzuschließen.

Nur der Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber jeder Parteipolitik ist es zu verdanken, daß es gelungen ist, die Tariflohnminderungs-Notverordnung vom 5. September 1932 zu Fall zu bringen. Der Widerstand der Belegschaften gegen die Durchführung dieser Eingriffe in das Tarifrecht unter Führung ihrer Gewerkschaften war die unbedingte Voraussetzung für das spätere Eingreifen der politischen Parteien. Die parteipolitischen Gegensätze hindern auch die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms. Auch hier waren es die Gewerkschaften, die allein in der Lage waren, ein einheitliches Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf im Höchstfalle 40 Wochenarbeitsstunden kann nur in erster Linie durch die Gewerkschaften durchgesetzt werden. Die Regierungsschleicher hatte in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm von den Gewerkschaften vertretene Grundsätze mit verwertet. In Genf fanden auf einer außerordentlichen internationalen Arbeitskonferenz die Beratungen über die Einführung der gesetzlichen vierzigstündigen Wochenarbeitszeit statt. Diese ganze Entwicklung wäre im Interesse der Arbeiterklasse längst viel weiter gediehen, wenn alle Arbeiter und Angestellten ihre Klassenlage erkannt hätten und wenn sie Gewerkschaftsmitglieder geworden wären. Wäre auch nur die Mehrheit der deutschen Arbeiter und Angestellten Gewerkschaftsmitglieder, alles was wir zuungunsten der Arbeiterklasse in den zurückliegenden Jahren erlebt haben, wäre, wenn auch nicht ganz vermeidbar, so doch anders und ohne oder mit geringeren Opfern der Arbeiterklasse zu regeln gewesen. Deshalb kann auch heute nur der Ruf an die deutschen Arbeiter und Angestellten gehen: Schafft euch endlich starke Gewerkschaften, die allein die Gewähr für die Erhaltung der Arbeiterrechte und für deren Ausbau bieten.

Die Betriebsräteuwahlen 1933 werden und müssen daher wiederum unter der Parole der Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften stehen. Jede parteipolitische Einflußnahme auf die Durchführung der Betriebsräteuwahlen und des Betriebsrätegesetzes haben die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften mit aller Energie zurückzuweisen. Ebenso entschieden haben aber die Gewerkschaftsmitglieder auch bei dieser Gelegenheit für die Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung der vierzigstündigen Woche, auf Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und auf Erhöhung der Kaufkraft einzutreten. Für diese Forderungen müssen die Belegschaften gewonnen werden. Unter diesem Zeichen müssen die Betriebsräteuwahlen 1933 stehen. Als Ausfluß dieser Erkenntnis müssen die Belegschaftsangehörigen, soweit das noch nicht der Fall ist, endlich auch Gewerkschaftsmitglieder werden und die breite Kampffront der Gewerkschaften für die Durchführung ihrer Ziele verstärken.

VERBAND UND BERUF

Gustav Stein †

Die Mitgliedschaft Frankfurt a. M. stand traurig an der Bahre eines ihrer alten und verdienstvollen Kollegen. Er war einer unserer treuesten Mitglieder. Immer in vorderster Linie. Für seinen Verband war er stets zur Arbeit bereit. Nach dem Tode unseres Führers Theodor Mittendorf übernahm er bis zur Neuwahl des Nachfolgers noch im Alter von 73 Jahren die Kassierergeschäfte. Sein Leben war stets auf Kampf eingestellt. Von einem hartnäckigen langen Blasenleiden hat ihm im Alter von 79 Jahren der Sensenmann erlöst. Die Mitgliedschaft Frankfurt a. M. wie alle Kollegen, die den Kollegen Stein kannten, und der Verband werden seiner aufopfernden Mitarbeit stets gedenken

Gewerkschaftskampf ist Freiheitskampf

Der Freiheitsruf und der Freiheitsgruß sind heute vielen Millionen deutscher werktätiger Menschen in ihrem Kampfe zum Symbol geworden. Zu den Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Freiheitsforderung Wirklichkeit werden zu lassen, zählt in erster Linie die Gewerkschaft. Das mögen folgende Tatsachen zeigen:

Der arbeitende Mensch ist im Betriebe unfrei, wenn ihm vom Besitzer der Rohstoffe und Produktionsmittel, dem Unternehmer also, willkürlich das Entgelt für seine Leistung festgesetzt werden kann. Seine freie Meinung rückt hinter die Notwendigkeit, für sein Tagewerk wenigstens so viel zu erhalten, daß ihm und seiner Familie das zum Leben Notwendige gegeben wird. Die Gewerkschaft hat hier durch den Abschluß ungleicher Tarifverträge den Arbeiter von der Willkür des einzelnen Unternehmers unabhängig gemacht. Das war ein Schritt vorwärts im Freiheitskampfe.

Heute soll das, was hier durch zähe Gewerkschaftsarbeit erreicht werden konnte, zunichte gemacht werden. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen soll fallen und die Unabdingbarkeit der Tarifverträge beseitigt werden. Arbeitsmann, hier droht deiner Freiheit ernsteste Gefahr.

Der arbeitslose Mensch ist unfrei, ist ein Sklave, wenn er sich dem Unternehmer um jeden Preis zur Arbeit anbieten muß, andernfalls ihm und seinen Angehörigen der Hungertod droht. Er wird gezwungen, seinem Kameraden in den Rücken zu fallen, um an seiner Statt den umstrittenen Arbeitsplatz einzunehmen. Hier hat jahrzehntelanger Gewerkschaftskampf ein Stück Freiheit auch dem gebracht, den das Schicksal aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfen hat. Die Wirkungen der Arbeitslosenhilfe sind Erfolge im Freiheitskampfe.

Jede Verschlechterung dort, jeder Ersatz der Finanzhilfe für die Arbeitslosen durch Zwangsarbeit, jeder Druck auf den arbeitslosen Menschen zu allen Bedingungen Arbeit anzunehmen, weil ein Mindestsatz der Entlohnung nicht mehr besteht, raubt ein Stück schwer erkämpfter Freiheit. Arbeitsloser Kamerad, hier bist du das Ziel des Kampfes. Schütze auch du das, was dir von deiner Berufsorganisation erkämpft worden ist.

Wer seine Gesundheit im Betrieb geopfert hat, wenn jahre- oder jahrzehntelange Berufsarbeit die Kräfte geschwächt oder gar genommen hat, der soll vor dem Hungertode geschützt sein. Das ist die primitivste Anforderung an menschliche Sitte und gesellschaftlichen Anstand. Ist das aber nicht der Fall, so wird der kranke, alte oder invalide Arbeitnehmer zum Sklaven seiner Not. Er muß auf dem Arbeitsplatze verharren, bis er umfällt. Hier ist durch Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung ein Bollwerk gegen diese Art der Sklaverei errichtet worden. Jahrzehnte haben die deutschen Gewerkschaften an diesem Bau gearbeitet. Sie schufen in unermüdlicher Arbeit diesen Freiheitswall.

Heute soll er abgetragen werden. Der angebliche Wohlfahrtsstaat soll vernichtet werden. Hochverdiente Sozialpolitiker in beamteter Stellung (Griesser) erhalten den Abschied. Hier ist ebenfalls ein Stück Freiheit in Gefahr.

Und nun, ihr alle, ihr im Betrieb, ihr Arbeitslosen und ihr Invaliden, jedem von euch droht der Verlust eines Freiheitsrechtes. Die, die da gegen euch kämpfen, sie treffen euch alle. Deshalb stellt euch gemeinsam in die Abwehrfront, reißt euch alle hinter die Gewerkschaftsfahne, um mitzuhelfen, daß diese wieder voran getragen werde, im Kampfe um eure wahre Freiheit.

Vor jeder Stellungnahme muß Auskunft eingeholt werden!

Billiger geht es nicht mehr!

Die große Arbeitslosigkeit wird heute mit besonderer Vorliebe von verschiedenen Firmen dazu benutzt, notwendige Arbeiten, die sonst an Handwerker und andere Firmen vergeben werden, auf billige Art und Weise durch Arbeitslose herstellen zu lassen. Auch die Firma Speyer AG., Frankfurt a. M., glaubt die Not und das Elend dieser armen Arbeitslosen ausnützen zu müssen, indem sie schon den zweiten Auftrag von Schuhretuschen an arbeitslose Retuscheure und an Privatretuscheure, die nicht mehr satt zu essen haben, im Stücklohn vergibt. Das Grundprinzip ist natürlich, diese Aufträge so billig wie möglich herstellen zu lassen. Eine solche Schuhretusche erfordert bei intensiver Arbeit mindestens 4-5 Stunden und dafür zahlt die noble Firma dem arbeitslosen Retuscheur 2,25-2,50 Mark. Von diesem Gelde muß der bisher arbeitslose Retuscheur noch die sozialen Beiträge tragen, so daß ihm nur wenige Pfennige verbleiben. Würden diese Retuschen in einer chemigraphischen Anstalt hergestellt werden, dann müßte die Firma Speyer AG. für die einzelne Retusche mindestens 10-12 Mark zahlen. Der Firma Speyer AG. sind diese Preise sehr wohl bekannt, aber es geht doch so besser, wenn man vom Armsten der Armen noch riesige Profite erzielt. Das bekannte Wort: „Wenn sie für diesen Preis die Ware nicht anfertigen wollen, werden wir uns andere arbeitslose Gehilfen dafür suchen“ hören wir sehr oft in dieser Firma. Demnächst verlangt man noch vom Arbeitslosen, daß er noch Geld mitbringt, damit er vom Unternehmer Arbeit bekommen kann. Mustergültige Betriebe — Kollegen merkt sie Euch!

Gr.-Fr.

Eine Aktion des Postkarten-Schutzverbandes

Der Postkarten-Schutzverband, der von Produzenten und Händlern gebildet wird, hat sich ganz zweifellos manches Verdienst um die Bildpostkarte erworben. Erinnert sei nur an seinen Kampf um ein erträgliches Porto für die Bildpostkarte, der von der Gehilfenschaft gestützt wurde. Jetzt ist der Postkarten-Schutzverband mit dem Reichspostministerium in neue Kampfstellung gekommen. Folgendes Schreiben wurde vom Postkarten-Schutzverband an das Reichspostministerium gerichtet:

„Von unseren Mitgliedern werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichspost Postkarten ausgegeben hat, welche auf der linken Seite der Postkarte Reklamebilder tragen, die fast den ganzen Schreibraum auf der Adressseite der Postkarte einnehmen.

Wir legen gegen den Druck solcher Postkarten hiermit energisch Verwahrung ein, da diese Postkarten gegen das Postgesetz verstoßen, nach welchem die linke Seite auf Postkarten als Schreibraum freigegeben ist.

Wir überreichen einlegend eine Postkarte mit einem Bild vom Rathaus Breslau zur Ansicht, welche Vorstehendes bestätigt und erwarten, daß der Druck dieser und ähnlicher Postkarten unverzüglich eingestellt wird.

Wir bitten um gefl. Mitteilung, daß Sie unserer Aufforderung stattgegeben haben.“

Gau Rheinland-Westfalen

Im Kölner Volkshause tagte eine Vorstandskonferenz, zu der 35 leitende Funktionäre des Gaus, die Gauleiter der graphischen Bruderverbände, wie unser alter Freund Otto Bauknecht begrüßt werden konnten.

Die Büropa und die Arbeiterbank resp. deren Angestellte hielten kleine instruktive Vorträge, welche mit großem Beifall aufgenommen wurden. Ganz besonderes Interesse weckten die Ausführungen des Kollegen Bauknecht. Die Tagung ehrte den Kollegen Hermann Stracke (Solingen), der auf eine 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste des Verbandes zurückblicken konnte; zwei weitere Funktionäre waren Verbandsjubilare. Aus der reichhaltigen Tagesordnung seien die besonders eingehend behandelten Punkte „Arbeitslosenbetreuung und Funktionsarbildung“ herausgestellt. Eine Fülle vorgelegten Zahlenmaterials wies aus, daß im Jahre 1932 im Monatsdurchschnitt von den Verbandskollegen 45 Proz. voll erwerbslos waren und daneben noch 21 Proz. Kurzarbeiter gezählt wurden. Trotz dieser erschütternden Zahlen kann der Verband mit berechtigtem Stolz auf seine finanziellen Leistungen blicken und auf die glänzende Disziplin der Kollegen. Wenn es der Verbandsleitung noch vor wenigen Tagen gelingen konnte, einen neuen Generalangriff auf den Lohn durch Verhandlungen am grünen Tische abzuwehren, so ist dies ein Beweis unserer Stärke und des energischen Willens. Dies wurde auch durch die einstimmige Annahme nachfolgender Entschliebung seitens der Konferenzteilnehmer freudig an-

erkannt und mit einem begeisterten Bekenntnis zur Freiheit die Tagung beendet:

„Die am 4. und 5. Februar in Köln tagende Vorstandskonferenz des Gaus Rheinland-Westfalen nahm Stellung zu den stattgefundenen Lohnverhandlungen.

Gestützt auf eine straff disziplinierte Organisation haben unsere Unterhändler sicher und zielbewußt die Rechte der Kollegen vertreten und die Verhandlungen mit Erfolg zu Ende geführt.

Dafür spricht die Konferenz dem Verbandsvorstand Dank und Vertrauen aus und verspricht weiterhin zu sorgen, daß allen Angriffen der stärkste Widerstand entgegengesetzt wird.“

Jahreshauptversammlung in Waldenburg-Altwasser

In der am 28. Januar 1933 stattgefundenen Jahreshauptversammlung wurde eingehend berichtet, welche Arbeit im letzten Jahre geleistet worden ist. Es haben 20 Versammlungen stattgefunden, wovon sieben Versammlungen auf die Nebenstelle Hof-Göhlenau entfallen. An sonstigen Veranstaltungen waren noch zwei Lichtbildervorträge: „Die Bundesschule in Bernau“ und „Die Entstehung des Lithographiesteins und seine Verwertung“ zu registrieren. Weitere Veranstaltungen waren noch durch das Graphische Kartell zu verzeichnen, die von der Kollegenschaft gut besucht waren. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß auch hier ein guter Abschluß getätigt werden konnte. Erfreulich wurde festgestellt, daß durch die Solidarität der noch in Arbeit stehenden Kollegen durch Zahlung eines Extrabeitrages von 1,30 RM., welcher kein Pflichtbeitrag war, die Not der Arbeitslosen durch eine Unterstützung gelindert wurde. An 32 arbeitslose und invalide Kollegen wurde die Summe von 384 RM. zu Weihnachten 1932 verteilt. Die Anerkennung für die Opferwilligkeit und die Treue der Kollegenschaft im Verbandszuge zeigte die Aufnahme der Berichte. Ein Vortrag vom Gauleiter Kollegen Klotz „Rückblick und Ausblick“ kennzeichnete treffend die Arbeit unseres Verbandes und die verkehrte Wirtschaftspolitik der sogenannten Führer. Gleichzeitig wurden auch die Wege aufgezeigt, die aus der Krise herauszuführen. Das volle Einverständnis mit dem Vortragenden bewies der lebhaftige Beifall und die Aussprache. Wie die Arbeit der bisher tätigen Funktionäre bewertet wurde, zeigte ihre Wiederwahl. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten konnte die gut besuchte Versammlung mit dem Gelöbnis, in verstärktem Maße im neuen Jahr im Interesse der Kollegen weiter zu arbeiten, geschlossen werden.

Tschesoslowakei

Die Angehörigen der graphischen Berufe sind zwar in der Tschechoslowakei nach deutschem Muster organisiert, also nach Berufsverbänden, und außerdem gibt es noch für das deutsche Sprachgebiet eine „Graphische Union“, Sitz Reichenberg; bei Lohnarbeitsverhandlungen treten aber die Verbände als gemeinschaftliche Vertreter der graphischen Industrie auf. Die Unternehmer hatten zu Händen derselben die Forderung eingereicht auf eine Lohnsenkung von 20 Prozent auf der ganzen Linie neben einer Anzahl von weiteren Verschlechterungen. Es wird berichtet, daß sich in allen Städten, in denen Versammlungen einberufen worden waren, die Buchbinder und die Lithographen, die Buchdrucker und die Hilfsarbeiter wie ein Mann erhoben haben, um gegen die beabsichtigten Verschlechterungen zu protestieren. Auch die in Prag stattgefundenen zentralen Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Vertreter der Arbeiter auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharrten.

Konjunkturbeginn oder Saisonaufträge für die Xylographen in Belgien

Wie in Nr. 3 der „Graphischen Presse“ vom 20. Januar berichtet worden war, hatten sich verschiedene Firmen der Holzschneidekunst geweiht, einer Empfehlung des Schlichtungsausschusses zu Brüssel Folge zu leisten, und jetzt, wenige Wochen später, da nicht nur genügende, sondern sehr dringende Aufträge vorliegen, erwarten dieselben Firmen von ihren Arbeitern, daß dieselben diese „Eilaufträge“ dadurch schnellstens erledigen, daß die Arbeiter auch noch ungezählte Überstunden als „Heimarbeit“ verrichten. — Jetzt finden die Firmen den Weg zum Schlichtungsausschuß und selbst zur Organisation der Arbeiter; diese sind auch bereit, eine beschränkte Anzahl von Überstunden zu leisten, aber nur gegen entsprechende Zuschläge. Sie sind aber nicht gewillt, nach Feierabend im Betriebe noch acht Stunden Heimarbeit zu verrichten, um nach Beendigung der Saison ganz aussetzen zu müssen.

Papier und Humor

Nobel. Frau Raffke seligen Angedenkens verlobte ihre Tochter. Der Bräutigam war ein Freiherr Kuno Trutz von Trutzingen; die Verlobungskarten mußten demgemäß sein.

Der Drucker legt Frau Raffke verschiedene Muster vor und erkundigt sich, ob das Papier holzfrei sein soll.

„Holzfrei?“ sagt indigniert Frau Raffke, der man zumutet, sie müsse sich etwas versagen. „Geben Sie man ruhig mit Holz. Aber etwas gediegenes, Palisander oder Mahagoni . . .“

Die Tugend. Der Lehrer sprach in der Schule von der Entwicklung unseres Schreibmaterials, vom Papyrus, vom Pergament und vom Papier. Dann sollen die Schüler einen Aufsatz über die Vorzüge und Gebrauchsmöglichkeiten des Papiers schreiben. Der kleine Moritz schreibt folgendes: „Das Papier ist für alle möglichen Zwecke zu verwenden. Es hat viele Vorteile und ist tugendhaft.“

Der Lehrer liest diesen sonderbaren Aufsatz. „Moritz, warum ist das Papier tugendhaft?“ fragt er verblüfft.

„Herr Lehrer, mein Vater sagt immer: Das Papier ist geduldig!“

Reklame. Sie kennen die Anekdote vom mißtrauischen Dichterling, der seine Verse auf Schmirgelpapier schrieb, um einen Mißbrauch seitens pietätloser Redaktionen zu verhüten. Hören Sie nun vom Manne, er war natürlich ein Amerikaner, der seine Reklamewerbung auf Schmirgelpapier drucken ließ. Selbstverständlich auf die Rückseite. Alle Vorteile der angebotenen Ware wurden hier mit großer Eindringlichkeit geschildert. Auf der rauhen Vorderseite aber stand nur folgendes: „Leuchtet Ihnen mein Angebot nicht genügend ein, so benutzen Sie fleißig diese Fläche! Ihr Hirn ist eingerostet.“

Der Schotte. Ein englisches Zuchthaus bekam einen neuen Direktor — einen Schotten. Schon nach wenigen Tagen war der neue Leiter der Strafanstalt zu der Überzeugung gelangt, daß für das Kleben der Papiertüten viel zu viel Klebstoff verbraucht wurde. Er verordnete größere Sparsamkeit. Es half nur wenig. Da ließ er den Meister zu sich kommen. „Von morgen an werden nur noch Diebe zum Tütenkleben verwandt“, sagte er.

„Versprechen sich Herr Direktor einen Erfolg davon?“

„Selbstverständlich. Die Leute haben doch klebrige Finger . . .“

Was alles gegen die Gewerkschaften kämpft

Es ist kaum zu glauben, was für sympathische Söhne der Nacht sich so zusammenfinden, wenn es gegen die Gewerkschaften geht. War da in Hannover bei der Städtischen Lagerbier-Brauerei ein RGO-Mann des Namens Windwehr, der in Flugblättern und Betriebszeitungen so wüst und unwahrhaftig über die freigewerkschaftlichen Betriebsräte herfiel, daß sich die Belegschaft schließlich weigerte, weiterhin mit ihm zu arbeiten. Dagegen zeigte die Direktion für ihn ein Wohlwollen, das ein Unternehmer gemeinhin einem aufrechten Klassenkämpfer nicht zu erweisen pflegt. Als endlich in einer Betriebsratsitzung scharf gegen den Mann vorgegangen wurde, erschienen Vertreter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit dem Auftrage, für Windwehr zu verhandeln. Dabei stellte sich heraus, daß der letztere seit 1 1/2 Jahren der Hitlerschen „Arbeiterpartei“ angehört und sich für diese in der RGO als Spitzel und im Betrieb als Kämpfer gegen den freigewerkschaftlichen „Marxismus“ nützlich machte. Winden auch wir ihm einen Kranz.

„Aufsichtsrat Leipart-Papen“

Eine neue sensationelle Enthüllung der „Roten Fahne“! Dem sensationslüsternsten Blatte ist eine alte Aufsichtsratsliste der Hannoverschen Bodenkreditbank in die Hände gefallen, aus der Zeit, da Herr v. Papen in der deutschen Politik noch keine Rolle spielte. Daß die Arbeiterbank die Beteiligung an der genannten Hypothekenbank vor Jahren nicht erworben hat, um die ihr anvertrauten Gewerkschaftsvermögen „für kapitalistische Geschäfte“ zu verwenden, sondern um unseren Baugewerkschaften zu angemessenen Bedingungen Hypotheken für den Bau von Arbeiterwohnungen zu verschaffen, wird die „Rote Fahne“ wohl nicht begreifen. Aber daß Herr v. Papen längst, ehe ihm selbst sein späteres Glück geträumt haben dürfte, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, wird sie dies ihren Lesern der Wahrheit zu Liebe mitteilen? Dann bitte auch die Tatsache, daß die Treuhänder der Arbeiterbank im Aufsichtsrat noch nie einen Pfennig Tantieme bezogen haben.

Die Bedeutung der Konsumgüterindustrie

Die Arbeitslosigkeit ist in der Welt deshalb so hoch, weil die Produktionsgüterindustrien vollständig darniederliegen. Die Weltwirtschaft war auf ihre ständige Erweiterung eingestellt. Millionen Arbeiter wurden angesetzt, um den Produktionsapparat ständig zu erweitern. Um ein Gleichnis zu gebrauchen, ist das größte Gewicht darauf gelegt worden, die Backöfen zu vergrößern, wodurch die Herstellung von Brot vernachlässigt wurde. Durch eine pflegliche Behandlung der Konsumgüterindustrie, gestützt durch Erhaltung und Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung aller Länder, würden solche Wirtschaftskatastrophen nicht ausbrechen. Eine im Sozietäts-Verlag Frankfurt a. M. erschienene Schrift von Erich Welter „Ende und Lehren der Krise“ enthält treffende Bemerkungen über den Niedbruch der Wirtschaft und dessen baldige Überwindung. Wir zitieren daraus zu dem oben angeschnittenen Problem folgendes:

„Wichtig ist, daß Arbeitslosigkeit auch dann nicht unser Schicksal zu sein braucht, wenn wir es nicht mehr mit einer ständig sich erweiternden und unter immer höherem Kapitalanteil produzierenden Wirtschaft zu tun hätten, sondern zu einer stetigeren Entwicklung kommen, in der die Produktivkräfte im wesentlichen zur Erneuerung des bestehenden (zur Aufrechterhaltung einer bestimmten Konsumgüterproduktion erforderlichen) Realkapitals und im übrigen eben zur Deckung der Nachfrage nach Konsumgütern verwendet würden. Dann arbeiten die Arbeiter eben stärker als bisher zur Befriedigung des Konsumgüterbedarfs. Vielleicht nähme dann sogar die Intensität der Konjunkturschwankungen ab, weil mit dem Fortfall der Expansion die Schwankungen des Produktionsmittelbedarfs nicht dauernd die Gleichgewichtslage zwischen Angebot und Nachfrage bedrohen.“

Zur Erinnerung: Nationalsozialistische Anträge im Reichstag

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat im Haushaltsausschuß mit Sozialdemokraten und Kommunisten für die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gestimmt, die die Erwerbslosen und die Sozialrentner aufs schwerste geschädigt hatte. Zur Beschaffung von Mitteln für die Sozialpolitik, vor allen Dingen zur Stützung der Invalidenversicherung sollte die Kürzung der hohen Pensionen und der höchsten Beamtenegehälter beitragen. Es liegt nun ein nationalsozialistischer Antrag unerledigt vor dem Reichstag, in dem es u. a. heißt: Pensionen dürfen keinesfalls die Höchstgrenze von 12 000 Mark jährlich übersteigen. Ein anderer Reichstagsantrag der Nationalsozialisten fordert, das Vermögen der Bank- und Börsenfürsten entschädigungslos zu enteignen. Wieder ein anderer verlangt die starke Besteuerung der Aufsichtsrats-Tantiemen und der Dividenden. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags stimmten die Nationalsozialisten dem Antrag zu, die Krankenschein- und Rezeptgebühren zu beiseitigen, um die Lage der Versicherten zu erleichtern. Wir werden sehen . . .

Nationalsozialisten und Zwischenhandel

Die Nationalsozialisten wollen bekanntlich dem Mittelstand helfen. Das hindert den Stuttgarter „NS-Kurier“ aber nicht, in seiner Nummer 299 v. J. folgende redaktionelle Notiz zu bringen:

„Kennen Sie schon die Verkaufsstelle für rheinische Weingüter? Dort bringen namhafte rheinische Weingüter ihre eigenen Produkte zum Verkauf — Absatz also direkt vom Erzeuger zum Verbraucher, was eine besonders in heutiger Zeit wohlwollend bemerkbare verbilligte Abgabe ermöglicht.“

Da staunt man denn doch wirklich! Genau das, was die Konsumvereine wollen! Verkürzung des Weges von der Erzeugung zum Verbrauch! Aber auch der Mittelstand selbst macht es nicht anders. Die Nr. 1 des „Süddeutschen Kolonialwarenanzeigers“ enthält einen Aufruf zur Gründung einer Glasversicherung auf Gegenseitigkeit, weil „dadurch den Mitgliedern Tausende von Mark erspart werden“. Eine Moral mit doppeltem Boden haben diese Leute, wenn sie den Verbrauchern das Recht auf Selbsthilfe bestreiten wollen.

Sechs Milliarden Kaufkraftverlust

Im Jahr 1932 betrug der Umsatz des deutschen Einzelhandels 22 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang um 6 Milliarden oder um rund 20 v. H. zu verzeichnen. Infolge der Verringerung der Löhne und Gehälter und der Verminderung der Unterstützungen mußte das deutsche Volk seinen Bedarf um die Riesensumme einschränken. Welche belebende Wirkung hätte es auf die Gesamtwirtschaft ausgeübt, wenn die 6 Milliarden Kaufkraft im Blutkreis der Volkswirtschaft zirkuliert und die Wirtschaft angeregt hätten. Ein großer Teil der beschäftigungslosen Arbeiter und Angestellten hätten ihre Arbeitsstelle behalten. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik zwingt zu Einschränkungen und verdammt dadurch fleißige Arbeiter zur Beschäftigungslosigkeit.

Zunahme der Konkurse im Januar

Die Welle der Zahlungseinstellungen ist im ersten Monat des neuen Jahres wieder angestiegen, während im Jahre 1932 ein ständiges Sinken der Konkurszahl zu verzeichnen war. Das Reichsstatistische Amt stellt für den Monat Januar 1933 die Zahl der Konkurse mit 539 fest. Sie betrug im Monat vorher nur 521. Die Zahl der Vergleichsverfahren hat sich dagegen verringert, und zwar sank sie von 280 im Monat Dezember 1932 auf 194 im Januar 1933.

Die GEG im Jahre 1932

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg berichtet über die von ihr im Kalenderjahr 1932 erzielten Umsätze. Der Gesamtumsatz belief sich auf 339 831 260,65 Reichsmark und hat sich gegenüber dem Umsatz des Jahres 1931 mit 428 419 903,79 Reichsmark um 20,68 Prozent vermindert. An Erzeugnissen aus den eigenen Produktionsbetrieben wurden umgesetzt: im Jahre 1932 129 428 293,36 Reichsmark gleich 38,09 Prozent vom Gesamtumsatz, im Jahre 1931 145 326 692,62 Reichsmark gleich 33,92 Prozent vom Gesamtumsatz. Der Minderumsatz im Jahre 1932 beträgt somit nur 15 898 399,26 Reichsmark oder 10,94 Prozent. In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, daß die Eigenproduktion der GEG trotz der schweren Wirtschaftskrise weiter gute Fortschritte gemacht hat. Der Umsatzrückgang wird hier durch den Preisrückgang reichlich ausgeglichen.

Vom Büchertisch

Vorwärts trotz alledem. Arbeit und Aufstieg der deutschen Kinderfreunde. Verlag: Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 40 Pfennig.

Der erste Teil der Broschüre bringt eine Auseinandersetzung mit den reaktionären Bestrebungen. Im zweiten Teil wird die Entwicklung und der Stand der Kinderfreundebewegung geschildert. Ein Schaubild zeigt die großartige Entwicklung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde von 54 Ortsgruppen auf 1100 Ortsgruppen in den 10 Jahren ihres Bestehens. Der dritte Teil gibt eine Übersicht über die Ferienveranstaltungen im Jahre 1932. Auch diese Angaben werden durch die Kraft und Lebendigkeit der Kinderfreundebewegung unter Beweis gestellt. Im vierten Schlußteil wird endlich ein Bericht über die internationale Arbeit der sozialistischen Erziehungsbewegung vermittelt. Besonders ausführlich ist der Verlauf des großen Zeltlagers „Kinderrepublik Solidarität 1932“ bei Paris geschildert. Auf knappem Raum wird von einer Anzahl Führer der Kinderfreundebewegung wertvolles und aufschlußreiches Material der Öffentlichkeit in dieser Broschüre übergeben.

„Freundschaft, das Sozialistische Elternblatt“. Monatszeitschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. 8 Seiten mit Illustrationen. Preis 5 Pfennig pro Nummer.

Einen neuen Mitkämpfer der sozialistischen Erziehungsbewegung und zugleich Ratgeber für die Erziehungsarbeit der Eltern hat sich die Kinderfreundebewegung mit diesem Blatt geschaffen. Wir freuen uns, in dieser Zeit des allgemeinen Abbaues ein so gutes Zeichen des Aufbauswillens der sozialistischen Erziehungsbewegung begrüßen zu können. Die vorliegende erste Nummer ist sowohl inhaltlich wie technisch gut gelungen. In unterhaltender Weise werden sozialistische Erziehungsgrundsätze den Lesern übermitteln. Jeder Genosse wird lebendig durch die Erzählungen und die flott geschriebenen Aufsätze interessiert.

Bestellungen nehmen die Volksbuchhandlungen, die Ortsgruppenleiter der Kinderfreunde oder die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, an.

„Loisl“. Eines Wiener Kindes Aufstieg zum Licht. Von R. Plattensteiner. Heinrich Mindens Verlag Dresden-Leipzig. Preis 1,— Mark.

Das Buch von Plattensteiner ist ein liebes Buch. Lebenswahre Gestalten sind um den Kern, den Aufstieg eines Proletarierkindes zum Licht, gruppiert. Die verhältnismäßig Folgen des Alkohols wie die Liebe zu guten Büchern und zum Lernen werden mit einfachen Worten so packend zum Ausdruck gebracht, daß sie beim Lesen sichtbaren Eindruck hinterlassen. Loisl's Aufstieg zum Licht ist schlechthin das Sehnen der Arbeiterklasse zum Menschentum.

Das gute Buch hat Franz Kaiser mit 24 Holzschnitten vorzüglich ausgestattet. Klar in der Zeichnung, sind die Schnitte in kräftiger gesunder Technik ausgeführt. An solchem modernen Holzschnitt kann jeder Mensch seine Freude haben. Im ganzen ein gutes Buch, das besonders der Jugend in die Hand kommen möge.

Inhaltsübersicht Für das Gewerbe — Gegen den Wahn / Hitler, Papen, Hugenberg & Co. / Vernunft wird Unsinn / Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise II. — **Verband und Beruf:** Gustav Stein / Gewerkschaftskampf ist Freiheitskampf / Billiger geht es nicht mehr Eine Aktion des Postkarten-Schutzverbandes / Gau Rheinland-Westfalen / Jahreshauptversammlung in Waldenburg-Altwater / Tschechoslowakei / Konjunkturbeginn oder Saisonaufträge für die Xylographen in Belgien — **Papier und Humor / Was alles gegen die Gewerkschaften kämpft / „Aufsichtsrat Leipart-Papen“ / Die Bedeutung der Konsumgüterindustrie / Zur Erinnerung: Nationalsozialistische Anträge im Reichstag / Nationalsozialisten und Zwischenhandel / Sechs Milliarden Kaufkraftverlust Zunahme der Konkurse im Januar / Die GEG im Jahre 1932 / Vom Büchertisch**